

Gemeinde Schondorf am Ammersee



NIEDERSCHRIFT über die öffentliche

Sitzung des Gemeinderates Schondorf am Ammersee

vom 16. März 2016
im Sitzungssaal des Rathauses Schondorf

Vorsitz:

2. Bürgermeister Martin Wagner

Der Vorsitzende erklärte die Sitzung um 19:30 Uhr für eröffnet. Er stellte fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und dass Zeit, Ort und Tagesordnung für die öffentliche Sitzung ortsüblich bekanntgemacht worden ist. Die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt. Der Gemeinderat Schondorf ist somit beschlussfähig.

Gremiumsmitglieder:

Bemerkung:

Kurt Bergmaier
Helga Gall
Florian Gradl
Wolfram Häberle
Rudi Hoffmann
Luzius Kloker
Marlene Orban
Marius Polter
Wolfgang Schraml

Entschuldigt sind

Alexander Herrmann
Thomas Betz
Stefan Birkner
Michael Deininger
Rainer Jünger
Christian Steer
Stefanie Windhausen-Grellmann

Weiterhin anwesend:

Andreas Hanel

Berater

Ralf Müller

Berater

Öffentliche Sitzung:

1. Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 24.02.2016, öffentlicher Teil
2. Feststellung der Jahresrechnung 2015, Bericht der örtlichen Rechnungsprüfung; Entlastung der Jahresrechnung für das Jahr 2015
3. Änderungsplanung Neubau MFH Barrierefreies Wohnen mit Tiefgarage in Schondorf, Sonnenleite 2,
4. Vorbescheidsantrag, Neubau eines Doppelhauses mit Doppelgarage auf der Flur-Nr. 491/0 Gemarkung Unterschondorf, An der Point 8
5. Vorbescheidsantrag, Anbau eines Wohnbereichs an das bestehende Wohn- und Geschäftshaus auf der Flur-Nr. 25/0 Gemarkung Unterschondorf, St.Jakob`s-Bergerl 6,
6. Antrag auf Baugenehmigung, Anbau an ein Zweifamilienhaus auf der Flur-Nr. 364/11 Gemarkung Unterschondorf, Seeberg 5,
7. Gemeinde Eching am Ammersee, Lkr. Landsberg am Lech - Außenbereichssatzung "Südlicher Kaaganger" i.d.F.v. 15.12.2015 Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
8. Gemeinde Eching am Ammersee, Lkr. Landsberg am Lech - 4. Änderung des Flächennutzungsplans id.F.v. 15.12.2015 Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
9. Geländefreimachung Prix-Gelände in Schondorf; Planung, LV und Ausschreibung Rückbau
10. Antrag neuer Segelladen auf Anbringung eines Ladenschildes
11. Zeiterfassungssystem für die Beschäftigten in der Schule, Hort und Mittagsbetreuung
12. Alarmübertragung Grundschule zur Leitstelle Anpassung Vertrag
13. Anschaffung Zeitschriftenschränk für die Gemeindebücherei
14. Kunstprojekt, Andreas Kloker
15. Zuschussantrag Verein GemEINSAM für den Arbeitsplatz des Sozialmobilmfahrers
16. Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. stellt einen Antrag auf finanzielle Unterstützung
17. Kürbisverkauf an der Bergstraße Antrag der Firma Lohner und Antrag der Firma Lindlmeier
18. Bericht über den Sitzungsvollzug der letzten Gemeinderatssitzung, öffentlicher Teil
19. Verschiedenes, Wünsche und Anträge

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Es wurden folgende Beschlüsse gefasst:

Öffentliche Sitzung

1. Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 24.02.2016, öffentlicher Teil

Diskussionsverlauf:

In der Sitzungsniederschrift vom 24.2.2016 ist unter TOP 8.1 Diskussionsverlauf der Punkt „Wohnungspakt Bayern“. Frau GR Gall bittet die Verwaltung zu prüfen, ob Gemeinden gemeinsam mit dem Landkreis eine Förderung erlangen können.

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift vom 24.02.2016, öffentlicher Teil, wird vollinhaltlich anerkannt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
10	10	9	0

Hinweis:

GR Rudi Hoffmann enthält sich einer Stimmabgabe wegen seinerzeitiger Nichtteilnahme.

2. Feststellung der Jahresrechnung 2015, Bericht der örtlichen Rechnungsprüfung; Entlastung der Jahresrechnung für das Jahr 2015

Sachverhalt:

Die Jahresrechnung 2015 wurde von der Verwaltung aufgestellt und von der örtlichen Rechnungsprüfung geprüft.

Zu den Anmerkungen der örtlichen Rechnungsprüfung wird wie folgt Stellung genommen:

Haushaltsstelle 340.5700: Verleih von Christkindlmarktbuden 4 Stück, Auf- und Abbau in Greifenberg und Schondorf. Rechnung vom 27.11.2015 1.190 €, Hälfte-Anteil Schondorf 595 €

Für wen waren dies Buden bestimmt?

Der Gemeinderat hat sich bei der Diskussion über die Qualität des Weihnachtsmarktes besonders auch über das uneinheitliche Erscheinungsbild beschwert.

Einige Aussteller bieten ihre Waren nicht aus einer Hütte heraus an, sondern aus Partyzelten oder Verkaufsanhängern.

Zusammen mit dem Greifengerger Weihnachtsmarkt, der ebenfalls Bedarf an Hütten hatte, konnten 4 Hütten angemietet werden, um besonders diese Anbieter mit Hütten zu versorgen.

Folgende Aussteller haben eine Hütte bekommen:

Frauenbund, Segelclub, Frau Trixi aus Diessen, Frau Braun aus Schondorf.

Die Aussteller haben jeweils 50 € Pacht gezahlt. Der Betrag ging an die Schondorfer Feuerwehr.

Haushaltsstelle 340.5702: Stromkosten EG-Whg. Musikschule Wilhelm-Leibl-Platz v. 10/14 – 09/15 742,83 €, Abschlag mtl. € 73,00, Wasserverbrauch 2014, Re. V. 20.04.2015, 175 m³ 245,88 €, Kanal 371,05 € - Hoher Verbrauch !

Es war schon immer aufgefallen, dass durch den Nutzer (Musikschule) die Stromkosten in der EG-Wohnung so hoch sind.

Alle Appelle an die Nutzer, die Heizung nach Benutzung abzudrehen hatten leider keinen Erfolg. Außerdem sind die Ansprüche der Nutzer ähnlich wie die an ein „Wohnzimmer“. Es wurde versucht durch einen programmierbaren Thermostaten, den Zustand zu verbessern. Leider ohne Erfolg, die Nutzer haben die Programmierung „umgangen“. Deshalb wurde im Herbst 2015 nun eine Zeitregelung nicht am Heizkörper direkt sondern in der Verteilung angebracht und eingesetzt. Die Heizzeiten wurden reduziert. Nach Mitteilung der Musikschule waren diese nicht ausreichend und wurden nun wesentlich verlängert, so dass nun schon ab 7°° geheizt wird, damit dann mittags die Raumtemperatur ausreichend ist. So wird sich dieser Stromverbrauch nicht wesentlich ändern. Die Stromverbräuche lagen in den vergangenen Jahren durchaus zwischen 3.300 und 4.900 kWh. Es stellt sich die Frage, ob dieser Raum, der schon viele Jahre so genutzt wird, für diesen Zweck auf Grund der vorhandenen Gebäudesubstanz und der Anforderungen der Nutzer der richtige ist.

Wasserzähler war mehrere Jahre defekt, Austausch erfolgte März 2013 und Juni 2014 Differenz der qm zur Wasserabrechnung wird auf Theaterverein/Musikschule umgelegt. Neuer WZ 8117235 zeigte bei Ablesung d. Hr. Bienek am 27.05.2014 keinen Verbrauch an! Lt. Hr. Gättinger läuft Zähler Juli 2014 -Zähler wird im Mai 2015 nochmal abgelesen.

Der hohe Wasserverbrauch wird im Hinblick auf den Brunnen und die Hausanlagen über das Jahr beobachtet, da der Verbrauch im Jahr 2015 ähnlich hoch war.

Haushaltsstelle 130.9400, Beleg 105, 1.560 € Fa. Brenner, Bäume Rückverpflanzung am neuen Feuerwehrhaus. Welche Bäume ?

Nach Rücksprache mit der Bauleitung des Feuerwehrhauses entspricht die Formulierung in der Rechnung nicht ganz dem tatsächlichen Sachverhalt. Zur Erstellung der neuen Kanalleitung zwischen den beiden Gebäuden (Feuerwehr und Edeka) war es notwendig über das Grundstück Pflügler die Baustelleneinrichtung zu erstellen. Hierzu wurden einige Großsträucher ausgegraben, eingeschlagen und nach Maßnahmenende wiederverpflanzt. Ebenso musste auch mit den Spalierbäumen verfahren werden, welche nur durch das Umsetzen die Baggerarbeiten ermöglicht hatten. Umsetzen und wiederherstellen des Grundstückes war die kostengünstigere Lösung als Handschachtungen, da ein Maschineneinsatz wegen der engen Verhältnisse nicht möglich gewesen wäre. Für die Überfahrt des Grundstückes wurde mit Herrn Pflügler/Herrn Schmidt die Wiederherstellung des selbigen vereinbart. Die Kosten die nun angefallen sind, waren für die Wiederherstellung dieses Bereichs.

Haushaltsstelle 4601.6520 Handkosten Jugendpflegerin mtl. zwischen 58,00 € und 120,00 €. Warum wird keine Flatrate eingerichtet?

Wurde schon während der Rechnungsprüfung geklärt. Geht in Ordnung.

Haushaltsstelle 0600.9400 – Kosten Rathausumbau Obergeschoss Wohnung zu Kassenräumen
(Text zusammen gefasst)

Nach Prüfung der Unterlagen für Leistungen die durch das Bauamt vergeben wurden, ist festzustellen, dass nicht alle Vergaben durch den Gemeinderat beschlossen wurden. Dies ist lt. Geschäftsordnung auch nicht erforderlich.

Alle Arbeiten wurden durch Angebotseinholung (Erstellen von Leistungsverzeichnissen) und so auch die Trockenbauarbeiten angefragt. Bei den Trockenbauarbeiten wurde bei 4 Firmen angefragt. Die Fa. Trockenbau München hat dann den Auftrag ohne Gemeinderatsbeschluss erteilt bekommen.

Seitens des Bauamtes wurden Änderungen (z.B. Elektroarbeiten) dem Gemeinderat zur Zustimmung vorgelegt.

In der Gemeinschaftsversammlung der VG Schondorf am 27.10.2015 wurden die Baukosten des Umbaus dem Gremium vorgelegt. Es wurde versäumt diese Kosten, die sich zum Teil auch auf die VG verteilen in dieser Form dem Gemeinderat vorzulegen.

Rechtliche Würdigung:

Nachdem in der örtlichen Rechnungsprüfung keine Feststellungen getroffen wurden, wird vorgeschlagen, die Jahresrechnung 2015 mit dem von der Verwaltung aufgestellten Ergebnis gemäß Art. 102 Abs. 3 GO festzustellen.

Diskussionsverlauf:

Zu EG-Whg. Musikschule Wilhelm-Leibl-Platz

Frau Gall bittet zu überlegen, ob diese Wohnung wieder einer anderen Verwendung zukommen sollte, da die Heizkosten derart hoch sind, obwohl die Wohnung erst ab nachmittags genützt wird. Sie bittet auch zu überlegen, ob evtl. das freigewordene Feuerwehrtüberl als neuer Raum für die Musikschule benützt werden könnte. Wiedervorlage für eine der nächsten Sitzungen.

Zu Kosten Rathausumbau Obergeschoss Wohnung zu Kassenräumen

Der Gemeinderat ist sich einig, dass die Vergabe im Rahmen einer Umbaumaßnahme nicht immer zuvor in einer Sitzung abgestimmt werden kann. Allerdings erwartet der Gemeinderat, dass über wesentliche Beträge im Nachhinein entsprechend informiert wird.

Beschluss:

Feststellung der Jahresrechnung:

Die Jahresrechnung 2015 wird in Einnahmen und Ausgaben

- im Verwaltungshaushalt mit € 8.598.848,88
- im Vermögenshaushalt mit € 3.314.019,08
- im Gesamthaushalt mit € 11.912.867,96

festgestellt. Die über- und außerplanmäßigen Ausgaben werden nachträglich genehmigt.

Verwahrgelder, Vorschüsse

- Einnahmen € 798.027,71
- Ausgaben € 730.179,66

- vorhandene Verwahrgelder € 105.440,00
- unerledigte Vorschüsse € 37.591,95

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
10	10	10	0

Beschluss:**Entlastung der Jahresrechnung:**

Für die Jahresrechnung 2015 wird gemäß Art. 102 Abs. 4 GO die Entlastung ausgesprochen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
10	10	10	0

3. Änderungsplanung Neubau MFH Barrierefreies Wohnen mit Tiefgarage in Schondorf, Sonnenleite 2

Beratungsreihenfolge:

Vorberatendes Gremium	Status	Sitzungsdatum	JA	NEIN
Bauausschuss Schondorf	beratend TOP 1	15.03.2016	Ja: 5	1

Sachverhalt:

Die Planung wurde notwendig, weil sich auf Grund von addierenden Planungsfehlern die Tiefgarage höher darstellt, als sie in der genehmigten Bauvorlage vorgesehen war und deshalb eine Baueinstellung – aktuell nur noch für die Tiefgarage – verfügt wurde.

Bei der Geländeaufmessung durch das Architekturbüro ist eine max. Abweichung von ca. 28 cm an der Nord-Westecke aufgetreten. Der Fehler wurde auch bei der Gebäudeeinmessung durch das Vermessungsbüro nicht bemerkt, da die Normalkoten bei der Werkplanung wieder auf +0,00 für OK Fertigfußboden im EG gestellt wurden (Eingabeplan bei gleicher NN-Lage -0,25m seinerzeit tiefer gesetzt).

Die Westgrenze hat zusätzlich auf ca. 31 m Länge eine Senke von 26 cm, die bei dem hochstehenden Bewuchs der Wiese seinerzeit übersehen worden ist.

Aus statischen Gründen wurde die Decke über dem UG zusammen mit der Kellerdecke 40 cm stark durchlaufend ausgeführt. Die ursprüngliche Schrägneigung hat sich dadurch geändert und die OK Tiefgarage ist an der untersten Ecke 38 cm höher geworden.

Rechtliche Würdigung:

Die vorliegende Planung kann nach zusätzlicher Übernahme von Abstandsflächen zum überwiegenden Teil bauaufsichtlich genehmigt werden (Ergebnis einer Unterredung im LRA zwischen Hr. Neupert, BGM Herrmann und Geschäftsstellenleiter Müller). Für einen kleinen Teilbereich ist eine vom LRA in Aussicht gestellte Duldung erforderlich. Das Ortsbild verändert sich durch die Planung nicht, da nicht das Wohngebäude, sondern sich lediglich

die zu dem hinterliegenden Nachbarn sitzende Tiefgarage höher darstellt. Dieser Umstand kann vom öffentlichen Verkehrsraum aus nicht wahrgenommen werden, sodass keinerlei bauplanerische Gründe entgehen.

Der hauptbetroffene Nachbar hat der Übernahme der erforderlichen Abstandsflächen zugestimmt, sodass auch bauordnungsrechtlich keine Hinderungsgründe bestehen.

Diskussionsverlauf:

Punkte, die sich verändert haben:

- Gaube – nicht mehr zwei Gauben, sondern eine breite Gaube (Süd- und Westseite)
- Firsthöhe 5cm Erhöhung
- Tiefgaragenhöhe. Lediglich die Tiefgarage führte zur Einstellung der Bautätigkeit durch das Landratsamt.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt dem Änderungsantrag das erforderliche Einvernehmen gem. § 36 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
10	9	5	4

Hinweis:

Wegen persönlicher Beteiligung (Art. 49 GO) hat das Mitglied GR Kurt Bergmaier an der Beratung und Beschlussfassung des genannten Tagesordnungspunktes TOP 3 nicht teilgenommen.

4. Vorbescheidsantrag, Neubau eines Doppelhauses mit Doppelgarage auf der Flur-Nr. 491/0 Gemarkung Unterschondorf, An der Point 8

Sachverhalt:

Das Bauvorhaben liegt im Innenbereich und ist nach § 34 BauGB zu beurteilen. Geplant ist der Neubau eines Doppelhauses mit Doppelgarage. Hierbei sollen drei Wohneinheiten entstehen. Die Aufteilung soll dergestalt stattfinden, dass das Haus 1 eine Wohneinheit bildet und das Haus 2 in zwei Wohneinheiten unterteilt ist. Das derzeitige Bestandsgebäude auf dem Grundstück soll abgerissen werden.

Das Bauvorhaben war bereits Gegenstand der Sitzung vom 24.02.2016. Der Antragsteller hat den damaligen Vorbescheidsantrag nach der Sitzung zurückgenommen und reicht nunmehr einen geänderten Vorbescheidsantrag ein.

Wiederum legt der Antragsteller ein persönliches Anschreiben bei, durch das er mehrere Fragen zum Gegenstand des Vorbescheidsantrags macht:

- 1) Abstimmung über Wandhöhe
- 2) Abstimmung über Dachneigung
- 3) Abstimmung zur überbaubaren Grundstücksfläche
- 4) Abstimmung zum Typus des Baukörpers

Beschlüsse aus dem Bauausschuss 15.03.2016 (beratend)

- 1) Der Bauausschuss empfiehlt dem Gemeinderat die Bauvoranfrage in Bezug auf die Wandhöhe von 6,50m positiv zu beantworten.
Abstimmung: J 7 / Nein 0
- 2) Der Bauausschuss empfiehlt dem Gemeinderat die Bauvoranfrage in Bezug auf die Dachneigung von 45° in Verbindung mit einer maximalen Außenbreite des Gebäudes von 8m positiv zu beantworten.
Abstimmung: J 7 / Nein 0
- 3) Der Bauausschuss empfiehlt dem Gemeinderat die Bauvoranfrage in Bezug auf die zu überbaubare Grundstücksfläche (GRZ 0,20) positiv zu beantworten.
Abstimmung: J 5 / Nein 2
- 4) Der Bauausschuss stimmt nicht über den Baukörper ab.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt einer Wandhöhe von 6,5 m zu.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
10	10	10	0

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt einer Dachneigung von 45° in Verbindung mit einer maximalen Außenbreite des Gebäudes von 8m zu.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
10	10	10	0

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt einer überbaubaren Grundstücksfläche, die einer GRZ von 0,20 entspricht, zu.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
10	10	7	3

Beschluss:

Hinweis:

Der Gemeinderat stimmt nicht über den Baukörper ab.

5. Vorbescheidsantrag, Anbau eines Wohnbereichs an das bestehende Wohn- und

Geschäftshaus auf der Flur-Nr. 25/0 Gemarkung Unterschondorf, St.Jakob`s-Bergerl 6

Beratungsreihenfolge:

Vorberatendes Gremium	Status	Sitzungsdatum	JA	NEIN
Bauausschuss Schondorf	beratend TOP 3	15.03.2016	Ja: 5	2

Sachverhalt:

Das Bauvorhaben liegt im Innenbereich und ist nach § 34 BauGB zu beurteilen.

Gemäß der eingereichten Bauvoranfrage soll für die Tochter und den Schwiegersohn der Grundstückseigentümer ein Wohnbereich angebaut werden.

Der Anbau ist im nördlichen Teil des Grundstücks geplant. Der bestehende Schuppen an der Grundstücksgrenze soll abgebrochen werden.

Diskussionsverlauf:

Auf den Nachweis der Stellplätze wird hingewiesen dies ist im Bauantrag mitzuliefern.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt das erforderliche Einvernehmen gemäß § 36 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
10	10	9	1

6. Antrag auf Baugenehmigung, Anbau an ein Zweifamilienhaus auf der Flur-Nr. 364/11 Gemarkung Unterschondorf, Seeberg 5

Beratungsreihenfolge:

Vorberatendes Gremium	Status	Sitzungsdatum	JA	NEIN
Bauausschuss Schondorf	beratend TOP 4	15.03.2016	Ja: 7	0

Sachverhalt:

Das Bauvorhaben liegt im Innenbereich und ist nach § 34 BauGB zu beurteilen.

Der Antragsteller möchte an dem bestehenden Zweifamilienhaus einen Anbau errichten.

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt das erforderliche Einvernehmen gem. § 36 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
10	10	9	1

7. Gemeinde Eching am Ammersee, Lkr. Landsberg am Lech - Außenbereichssatzung "Südlicher Kaaganger" i.d.F.v. 15.12.2015 Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Beschluss:

Es werden keine Erinnerungen erhoben.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
10	10	10	0

8. Gemeinde Eching am Ammersee, Lkr. Landsberg am Lech - 4. Änderung des Flächennutzungsplans id.F.v. 15.12.2015 Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

Beschluss:

Es werden keine Erinnerungen erhoben.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
10	10	10	0

9. Geländefreimachung Prix-Gelände in Schondorf; Planung, LV und Ausschreibung Rückbau

Sachverhalt:

Die Firma mplan e.G., München, wurde über Herrn Weißbecker gebeten, ein Angebot für die Planung und Leistungsverzeichnis-Erstellung der Geländefreimachung für das Prix-Gelände vorzulegen. Dies sind im Einzelnen:

Pos. 1 Projekteinarbeitung, Grundlagenermittlung, Bestandsaufnahme pauschal 5.100,--

Pos. 1a) Eventualposition Ergänzung der Bestandspläne in Gebäuden soweit nicht zutreffen/vorliegend.

Pos. 1b) Eventualposition Scan von Papierplänen

Pos. 1c) Eventualposition Beschaffung von Unterlagen durch den Auftragnehmer

Die Positionen 1 a) bis 1 c) können noch nicht genau ermittelt werden.

Nach Rücksprache (nicht im Angebot enthalten) wird zunächst ein Ansatz von 500,-- angenommen, der sich je nach Aufwand noch verändern kann 500,--

Pos. 1d) Schadstofftechnische relevante Grundlagenermittlung

auf Nachweis: ca. 20 Std. à 69,--
1.380,--

- | | | |
|--------|---|----------|
| Pos. 2 | Planung der Rückbaumaßnahme
2.800,-- | pauschal |
| Pos. 3 | Ausschreibung
2.850,-- | pauschal |
| Pos. 4 | <p>Prüfen und Werten der Angebote einschließlich Aufstellen eines Preisspiegels
Diese Position <u>soll nicht vergeben werden</u>, da dies von Herrn Weißbecker übernommen wird.
Diese Leistungen wurden vom Büro WO R.E. von Herrn Weissbecker mit pauschal 1.300,-- EUR netto angeboten.</p> | |
| Pos. 5 | <p>Eventualposition Zuarbeit und weitere Planungsleistungen bis zur Vergabe nach Aufwand des Büros. Diese Position nur in Abstimmung – Preise für Zusatzarbeit siehe beigefügtes Angebot.</p> | |

Damit ergeben sich voraussichtlich Kosten für das Büro mplan von insgesamt 12.630,-- EUR netto, zuzügl. 2% Nebenkosten, das sind 252,60,-- netto.

Die voraussichtliche Gesamtsumme beträgt dann 15.282,30 EUR brutto und für das Büro WO R.E Kosten in Höhe von 1.547,-- EUR brutto.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Haushaltsstelle 620.9320

Haushaltsansatz 554.450,00 €

Angeordnet: 158.802,91 €

Noch zur Verfügung: 403.647,09 €

Zu beachten ist, dass dieser Haushaltsansatz über Grundstücksverkäufe finanziert werden soll.

Diskussionsverlauf:

Herr GR Schraml schlägt vor, noch ein Alternativangebot einzuholen, um die Kosten zu vergleichen.

Herr Gradl meint, die beauftragte Firma sollte auch die Ausschreibungen zusammenstellen. Sein Vorschlag ist auch, die Abbrucharbeiten in mehreren Bauabschnitten zu machen. Zum einen hat man für die Beprobung derweil einen Lagerplatz und außerdem auch die Möglichkeit, wenn das Budget erschöpft ist, Teile der Maßnahme in den nächsten Haushalt zu nehmen. Im Zuge der Ausschreibung sollte die beauftragte Firma deshalb auch prüfen, ob ein Abbruch in Bauabschnitten sinnvoller ist.

Beschluss:

- a) Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung, die erforderlichen Planungsleistungen für die Positionen 1, 2 und 3 an die Fa. mplan eG, München auf der Grundlage ihres

Angebotes vom 03.03.2016 in Höhe von voraussichtlich 15.282,30 EUR brutto zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
10	10	9	1

Beschluss:

- b) Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung, die erforderliche Auswertung der Angebote mit Vergabevorschlag an das Büro WO RE, München (Herr Weissbecker) für die Position 4 auf der Grundlage ihres Angebotes vom 09.03.2016 in Höhe von 1.547 EUR brutto zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
10	10	7	3

10. Antrag neuer Segelladen auf Anbringung eines Ladenschildes

Sachverhalt:

Die Antragsteller möchten ein Werbeschild an dem Segelladen anbringen, der im baurechtlichen Innenbereich liegt. Das Werbeschild stellt eine bauliche Anlage dar und ist gemäß dem eingereichten Bild über 1m² groß, sodass hierfür eine Genehmigung erforderlich ist. Die Antragsteller müssen noch einen formellen Genehmigungsantrag im Bauamt nachreichen. Bisher liegt „die Antragstellung“ nur in Form einer E-Mail vor. Auf die vorliegende E-Mail von den Antragstellern Herrn Braun und Herrn Maurer wird Bezug genommen.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Schild unter der Voraussetzung zu, dass es auch zukünftig nicht beleuchtet wird und der Baum auf dem Gemeindegrund davor nicht gefällt werden darf

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
10	10	10	0

Beschluss:

Für den Fall, dass ein ordnungsgemäßer Bauantrag eingereicht wird, erteilt der Gemeinderat für das Werbeschild gemäß dem beigefügten Foto, das erforderliche Einvernehmen gem. § 36 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
10	10	10	0

11. Zeiterfassungssystem für die Beschäftigten in der Schule, Hort und Mittagsbetreuung

Sachverhalt:

Das Arbeitszeitgesetz (ArbZG) bezweckt, die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer bei der Arbeitszeitgestaltung zu gewährleisten.

Demnach muss jeder Arbeitgeber Arbeitszeitznachweise führen und unter anderem auch die über die werktägliche Arbeitszeit hinausgehende Arbeitszeit der Arbeitnehmer aufzeichnen und mindestens zwei Jahre aufbewahren.

Die Aufzeichnungspflicht des Arbeitgebers ist eine öffentlich-rechtliche Pflicht. Selbst eine arbeitsvertragliche Verpflichtung der Arbeitnehmer, ihre Zeiten selber aufzuschreiben, entbindet den Arbeitgeber nicht von seinen eigenständigen Dokumentationspflichten.

Der Arbeitgeber muss die für eine Aufzeichnung der Arbeitszeiten erforderlichen Vorkehrungen treffen – z.B. indem er Zeiterfassungsgeräte installiert.

Erfasst wird die Arbeitszeit der Mitarbeiter durch das Ein- und Ausloggen an geeigneten Buchungsterminals bei deren Arbeitsantritt beziehungsweise bei Verlassen der Einrichtung.

Die im Rahmen der Personalzeiterfassung ermittelten Daten sind dazu geeignet, unzulässige Überschreitungen der zulässigen Arbeitszeit sowie eventuelle Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz nachzuweisen. Verletzung von Ruhepausen und Ruhezeiten sowie Missachtung des gesetzlichen und tariflichen Ausgleichszeitraums würden der Vergangenheit angehören.

Das Programm AlphaWin gewährleistet die Berechnung von Gleitzeiten und festen Arbeitszeiten. Neben einer überaus leistungsfähigen Abwesenheitsverwaltung übernimmt AlphaWin die Berechnung von Überstunden und dem Arbeitszeitkonto. Die Konten können flexibel eingerichtet werden, damit können individuelle Anforderungen, öffentliche Tarife abgebildet werden.

Das Zeiterfassungsprogramm AlphaWin hat sich in den letzten Jahren bereits im Rathaus und Kinderhaus Schondorf sehr bewährt.

Die Gemeinde Schondorf am Ammersee beschäftigt in der Schule, Hort und Mittagsbetreuung momentan 12 Mitarbeiter.

Eine Erweiterung des Zeiterfassungssystems AlphaWin der Firma P&S um 20 Mitarbeiter kostet einmalig brutto ca. 3.100,00 zzgl. der Kabelverlegung.

Die monatlichen Wartungskosten betragen netto € 3,50.

Rechtliche Würdigung:

Die Aufzeichnungspflicht des Arbeitgebers ist eine öffentlich-rechtliche Pflicht (Arbeitszeitgesetz).

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Bei der Haushaltsstelle 211.9350 (Ausstattung Schule) stehen 12.000 € zur Verfügung. Allerdings sind dies für die Maßnahmen Pinnwände, Bürostühle, Möbel Eingangsbereich, Schrank Beamer mit Lesegeräte (3 Stück), Heizkörper 8.000 vorgesehen.

Eine weitere Haushaltsstelle ist 4641.9350 (Ausstattung Hort); dieser Ansatz kann dafür verwendet werden, die Kosten sollten zwischen Schule und Hort aufgeteilt werden; somit sollten Haushaltsmittel ausreichend zur Verfügung stehen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die Firma P&S Prozesssteuerung & Systementwicklung GmbH zu beauftragen, das Zeiterfassungssystem für die Mitarbeiter der Schule, Hort und Mittagsbetreuung zu erweitern.

Der Standort des Buchungsterminals wird in den Räumen des Hortes/Mittagsbetreuung angebracht. Die Buchungen werden über den Hauptterminal in der Verwaltungsgemeinschaft Schondorf am Ammersee durch die Personalabteilung verwaltet und geprüft.

Der Gemeinderat beauftragt das Bauamt, die notwendige Kabelverlegung zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
10	10	10	0

12. Alarmübertragung Grundschule zur Leitstelle Anpassung Vertrag**Sachverhalt:**

Das Schulgebäude ist bei der Rettungsleitstelle aufgeschaltet, d.h. dass in einem Brandfall die Rettungskräfte über die Leitstelle alarmiert werden.

Hierzu besteht seit Oktober 2008 ein Alarmübertragungsmietvertrag mit der Firma Siemens. Aufgrund der Umstellung der Telekom der Netztechnik ist diese Anlage für die zukünftige Änderung der Telekom umzurüsten und anzupassen, damit die Alarmierung weiterhin erfolgen kann.

Die monatlichen Mietkosten für Mietkosten und Brandmeldeanschluss ändern sich von 142,90 EUR nun auf 149,60 EUR netto.

Die Umstellung verlangt zusätzlich einmalig die Kosten für die Teilnehmereinrichtung (320,--), den Kommunikationsanschluss des Netzbetreibers (200,--) und für die Beteiligung an den Baukosten (450,--) EUR.

Damit werden einmalig für die Umstellung 1.154,30 EUR brutto fällig. Sollten die Voraussetzungen nicht bis zum 31.03.2016 erfolgt sein, so erhöhen sich die Kosten für die Teilnehmereinrichtung auf 630,-- statt 320,-- EUR netto.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Für Baumaßnahmen Schule ist ein Haushaltsansatz von 10.000 € u.a. für den Notwegeplan vorgesehen. Durch diese Maßnahmen stehen dafür noch 8.845,70 € zur Verfügung.

Die Mehrkosten für die Mietkosten des Brandmeldeanschlusses in Höhe von 80,40 sollten in der Haushaltsstelle 211.5000 zur Verfügung stehen. Derzeit stehen noch 22.545,19 für Sanierungs- und Hauskosten der Schule zur Verfügung.

Beschluss:

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung, die Umstellung der Alarmübertragung an die Fa. Siemens, München auf der Grundlage ihres Angebotes vom 17.02.2016 zu beauftragen.

Die künftigen monatlichen Kosten betragen 178,02 EUR brutto.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
10	10	10	0

13. Anschaffung Zeitschriftenschränk für die Gemeindebücherei

Sachverhalt:

Die Gemeindebücherei möchte zur Präsentation der neu ins Programm aufgenommenen Zeitschriften einen Zeitschriftenschränk anschaffen.

Angebot der Fa.ekz 1.492,40 €
Fächer 6 über 3 nebeneinander Klappen
H 2039/B 874/T 440

Firma demco Ausstellungsregal Klassik 980,00 €
H 1800/B 830/T 400

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Haushaltsstelle 352.9350 (Ausstattung Bücherei)

Haushaltsansatz: 3.000 €

Bisher angeordnet: 0 €

Noch zur Verfügung 3.000 €

Diese Ausgabe ist im Haushaltsplan vorgesehen (siehe Erläuterung)

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Kauf eines Zeitschriftenschranks der Firma ekz über Euro 1.492,40 netto gem. Angebot vom 3.2.2016 zu.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
10	10	9	1

14. Kunstprojekt, Andreas Kloker

Sachverhalt:

Auf der Fassade des von Andreas Kloker und Katharina Ranftl (und anderen Gastkünstlern) genutzten ehemaligen Verkehrsbüros (Skriptorium), soll eine Schriftinstallation verwirklicht werden. Die Fassade ist momentan in einem schlechten Zustand, das heißt, sie würde im jetzigen Zustand bemalt und nach Ablauf der Aktion in etwa 3-4 Monaten, auf Kosten des Antragstellers komplett neu gestrichen werden.

Konzept: Nach einer Befragung von hier am Ammersee lebenden Menschen, über die Sprache ihrer Mutter, schreibt der Künstler den Namen, Alter, Jahre die sie hier am Ammersee leben und eben die Sprache ihrer Mutter, letzteres in der jeweiligen Sprache, an die Fassade.

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt das Kunstprojekt von Herrn Kloker. Der Rückbau und das Wiederherrichten der Außenfassade hat durch Herrn Kloker eigenverantwortlich zu erfolgen. Die Fertigstellung ist dem Bauamt anzuzeigen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
10	10	9	0

Hinweis:

Wegen persönlicher Beteiligung (Art. 49 GO) hat das Mitglied Luzius Kloker an der Beratung und Beschlussfassung des genannten Tagesordnungspunktes nicht teilgenommen.

15. Zuschussantrag Verein GemEINSAM für den Arbeitsplatz des Sozialmobilmfahrers

Sachverhalt:

Der Verein GemEINSAM stellt einen Antrag auf Zuschuss für den Arbeitsplatz des Sozialmobilmfahrers.

In den beiden letzten Jahren wurden € 5.500,-- gezahlt. Der Anteil der Schondorfer Fahrten beträgt 53,60 %.

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Haushaltsstelle 470.7000 (Zuwendungen an soziale Einrichtungen)

Haushaltsansatz 6.000,00 €

Angeordnet: 0,00 €

Noch zur Verfügung: 6.000,00 €

Die Ausgabe ist im Ansatz vorgesehen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Zahlung eines Zuschusses für den Arbeitsplatz des Sozialmobilmfahrers in Höhe von € 5.500,--.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
10	10	10	0

16. Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. stellt einen Antrag auf finanzielle Unterstützung

Sachverhalt:

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. stellt einen Antrag auf finanzielle Unterstützung. In den vergangenen Jahren wurden jeweils € 100,-- bewilligt

Haushaltsrechtliche Auswirkung:

Haushaltsstelle 750.7000 (Zuwendungen an Kriegsgräberfürsorge)

Haushaltsansatz 250,00 €

Angeordnet: 0,00 €

Noch zur Verfügung: 250,00 €

Die Ausgabe ist im Ansatz vorgesehen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. mit der Zahlung von € 100,-- bei seiner Arbeit zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
10	10	10	0

17. Kürbisverkauf an der Bergstraße Antrag der Firma Lohner und Antrag der Firma Lindlmeier

Sachverhalt:

Die Firma Heitmeier, die bisher den Verkaufsstand von Kürbissen und Artischockenblüten an der Bergstraße hatte, hat sich von diesem Geschäftszweig zurückgezogen.

Es liegen zwei Bewerbungen für den Verkauf von Kürbissen und Artischockenblüten vor. Zum einen die Firma Lohner (Antrag vom 12.01.2016), die auch immer den Spargelverkauf macht und die Firma Lindlmeier (Antrag vom 24.02.2016), die in der Vergangenheit schon eng mit der Firma Heitmeier zusammengearbeitet hat.

Diskussionsverlauf:

Die Hütte der Firma Lohner Spargel muss wieder abgebaut werden und darf nicht bis zum Kürbisverkauf stehen bleiben.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Vergabe des Verkaufstandes von Kürbissen und Artischockenblüten an die Firma Lohner zu. Die Vertragsbedingungen müssen analog der Vorjahre sein.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend	Stimmberechtigt	JA	NEIN
10	10	10	0

18. Bericht über den Sitzungsvollzug der letzten Gemeinderatssitzung, öffentlicher Teil**19. Verschiedenes, Wünsche und Anträge****Sachverhalt:**

- Stadtradeln: Es wird noch ein Koordinator gesucht. Namen bitte an die Verwaltung weitergeben.
- Informationsblatt „**Schondorf will radeln! Ihre Ideen für eine radfreundliche Gemeinde**“ Kreativabend am 23.03.2016, 19.00 Uhr im Rathaus.
- Die Nordseite des Güterschuppens wurde mit einem Graffiti besprüht. Ca. 10 qm. Das Graffiti soll solange belassen werden, bis man weiß, wer das war und was mit dem Schuppen künftig passieren wird, auch im Hinblick auf den Denkmalschutz. Anzeige wird erstattet.
- Wohnung Wilhelm Leibl Platz – Die Verwaltung soll klären, ob der Brunnen von dieser Wohnung aus nachgefüllt wird. Wenn ja, dann sollte ein eigener Zähler das Wasser erfassen, damit man sich die Abwasserkosten spart.
- Wohnung Wilhelm Leibl Platz Stromkosten müssen beobachtet werden.

Für die Richtigkeit der Niederschrift

Gemeinde Schondorf am Ammersee

Vorsitzender

Martin Wagner
2. Bürgermeister

Beate Strohmeier